

Obwohl führende Politiker der türkischen Regierung erklärt hatten, jeder, der will, könne zurückkehren, wurden Haydar Kutlu und Nihat Sargin bei ihrer Ankunft auf dem Flughafen von Ankara an der Gangway in Ketten gelegt und mit verbundenen Augen abgeführt. Weder die Anwesenheit von Abgeordneten aus Westeuropa und von Vertretern ausländischer Massenmedien, von denen die beiden Genossen begleitet wurden, noch die Beteuerungen der türkischen Politiker über eine demokratische Öffnung des Landes hielten die Verantwortlichen von diesem Willkürakt ab. Unter grober Mißachtung des Völkerrechts und der türkischen Gesetze wurden Kutlu und Sargin von den Polizei- und Sicherheitsorganen 19 Tage lang von der Außenwelt völlig isoliert, verhört und grausam gefoltert. Ihnen soll der Prozeß gemacht werden. Formaljuristisch stützt sich die Anklageschrift auf Paragraphen, die bezeichnenderweise aus dem italienischen Strafgesetz der Zeit des Faschisten Mussolini übernommen wurden. Darin wird die Meinungs- und Gesinnungsfreiheit unter Strafe gestellt. In Wirklichkeit fürchten die antikommunistischen, reaktionären Kräfte der Türkei das Gedankengut des Marxismus-Leninismus und die Einheit der Arbeiterklasse. Sie haben Angst vor dem breiten Widerhall, den der im Programm-entwurf der Kommunisten gewiesene alternative Ausweg aus sozialer Verelendung, permanenter Menschenrechtsverletzung sowie aus der NATO- und Krisenpolitik bei den Werktätigen der Türkei und insbesondere bei den über 5 Millionen Arbeitslosen findet. Um keinen Zweifel an ihren Absichten aufkommen zu lassen und alle Demokraten einzuschüchtern, haben die Autoren dieses unwürdigen Szenariums die beiden Hauptverteidiger von Kutlu und Sargin unter Mißachtung des Rechts auf Verteidigung gleich mit auf die Anklagebank gesetzt. Beim Verlassen des Gerichtsgebäudes nach einem Verhör beim Staatsanwalt gelang es Haydar Kutlu den Journalisten zuzurufen: „Demokratie oder Demagogie?“ Diese Frage ist angesichts des bevorstehenden Gerichtsprozesses, der als ein Angriff auf alle Demokraten in der Türkei und in der Welt gesehen werden muß, voll berechtigt.

Kreise der Türkei, Vertreter der Regierungspartei und der Oppositionsparteien äußern auf verschiedene Weise und aus unterschiedlichen Motiven ihr Unbehagen über das Vorgehen gegen die kommunistischen Führer Haydar Kutlu und Nihat Sargin. Sie sehen eine legale kommunistische Partei als Bestandteil einer „Demokratie“ nach westlichem Vorbild und suchen nach einem Ausweg aus der entstandenen Lage.

Die SED und gesellschaftliche Organisationen der DDR haben sich - getreu den Prinzipien der internationalen Solidarität - dieser Bewegung angeschlossen. In einer Erklärung vom 18. 11. 1987 hat das Zentralkomitee der SED den Willkürakt gegen die beiden türkischen Politiker als einen Anachronismus unserer Zeit bezeichnet und auf das schärfste verurteilt.

Mit dem Vorgehen gegen Haydar Kutlu und Nihat Sargin sowie andere demokratische Kräfte verstößt die türkische Regierung in grober Weise gegen die Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki, die UN-Menschenrechtskonvention und andere von ihr Unterzeichnete internationale Vereinbarungen. Der geplante antikommunistische Schauprozeß widerspricht den elementarsten Normen des Rechts, der Demokratie und der Menschenrechte. Er veranschaulicht deutlich die äußerst engen Grenzen des sogenannten Demokratisierungsprozesses im NATO-Staat Türkei.

Der Protest der Weltöffentlichkeit und die internationale Solidarität zeigen, daß sich die Initiatoren der Schikanen und des Gerichtsprozesses in der Isolierung befinden. Schon jetzt steht fest: Ihr untauglicher Versuch, den Kommunismus und den Menschheitsfortschritt zu verteufeln und aufzuhalten, richtet sich gegen sie selbst. Das Rad der Geschichte können auch sie nicht zurückdrehen. Die Geschichte selbst liefert genügend Beweise.

Eine große Woge internationaler Solidarität der Welt

Der mutige Schritt beider Generalsekretäre, ihre Standhaftigkeit trotz Folter, haben in der Welt eine breite internationale Solidaritätsbewegung ausgelöst. Der Willkürakt der Ewiggestrigen wird entschieden verurteilt. Über 100 kommunistische, sozialdemokratische, sozialistische, liberale, konservative, grüne und andere Parteien, nationale Befreiungsbewegungen, Regierungen, Parlamente, internationale Organisationen und eine Vielzahl von Persönlichkeiten haben ihre Solidarität mit Haydar Kutlu und Nihat Sargin sowie mit allen politischen Gefangenen in der Türkei zum Ausdruck gebracht. Sie fordern ihre sofortige Freilassung. Ein internationales Komitee unter

Leitung von Mikis Theodorakis, viele nationale Komitees in fast allen westeuropäischen Ländern wurden gebildet, um die internationale Solidarität mit den türkischen Genossen weiter zu verstärken.

Trotz antikommunistischer Hysterie und Androhung von Repressalien übernahmen 430 türkische Rechtsanwälte ein Mandat zur Verteidigung der beiden Politiker und ihrer Mitangeklagten. Mutige Intellektuelle der Türkei setzen sich mit einer Unterschriftensammlung für Recht, Demokratie und Menschenrechte ein. Tausende in die politische Emigration getriebene Demokraten fordern eine freie Rückkehr in ihre Heimat. Selbst viele bürgerliche